

Es gilt das gesprochene Wort

**Protestkundgebung
des Sozialverbandes Deutschland (SoVD)
in der Preussag Arena in Hannover
am 27. Februar 2004**

Gegen soziale Demontage – für soziale Gerechtigkeit

Grundsatzrede

Adolf Bauer, Präsident des SoVD

Meine Damen und Herren,
sehr geehrte Gäste,
liebe Freunde im Sozialverband Deutschland,

auch ich heiÙe Sie alle herzlich willkommen. Sie beweisen mit Ihrer zahlreichen Anwesenheit: Die Bürger, vor allem kranke und behinderte Menschen, Rentner und Sozialversicherte stehen auf und wehren sich. Sie wollen zu Recht nicht länger Opfer einer verfehlten Sozialpolitik sein, die ihnen gleichzeitig das Geld aus der Tasche zieht und brutal die Leistungen zusammenstreicht. Deshalb gibt der Sozialverband Deutschland diesem Protest Kraft und Stimme, während andere Organisationen nur den Mund spitzen.

Wir protestieren gegen eine Sozialpolitik von Bundesregierung und Union, die wir nicht länger hinnehmen können und niemals hinnehmen werden.

Wir protestieren mit aller Schärfe gegen eine Politik, die die „kleinen Leute“ immer stärker belastet und die Reichen schont.

Wir protestieren dagegen, dass unsere jahrzehntelang bewährten Sozialsysteme ihrer Sicherungsfunktion beraubt werden und damit immer mehr Menschen in Armut und Krankheit allein gelassen werden.

Kurzum: Wir wehren uns gegen die Zerstörung unseres Sozialstaats.

Aus tausenden von Schreiben und Anrufen unserer Mitglieder wissen wir, dass der von der Bundesregierung eingeleitete Sozialabbau für viele Bürger bereits zu unerträglichen Belastungen führt. Die Menschen sind empört und sorgen sich zu Recht um ihre Existenz.

Herr Bundeskanzler, Sie haben gesagt: „Die Grenze der Belastbarkeit ist erreicht“. Irrtum, Herr Bundeskanzler, wir sagen Ihnen: „Die Grenze der Belastbarkeit und des Zumutbaren ist schon lange überschritten! *Kennen Sie, Herr Bundeskanzler, eigentlich die Sorgen der kleinen Leute, oder kümmert sich auch die SPD nur noch um das Wohl Besserverdienender und Unternehmen?“ Diesen Eindruck wenigsten könnte man angesichts Ihrer Politik gewinnen.*

Hier und heute fordern wir von der Bundesregierung eine Trendwende hin zu sozialer Gerechtigkeit und Solidarität mit kranken, behinderten, pflegebedürftigen, arbeitslosen und älteren Menschen.

Wir wissen, dass die Bundesrepublik aufgrund schwieriger gesamtwirtschaftlicher Bedingungen vor größten Herausforderungen steht. Aber wir dürfen die Probleme nicht auf dem Rücken ausgerechnet der sozial sowieso schon benachteiligten Bürger abladen.

Wir lösen das Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht dadurch, dass wir Arbeitslose bestrafen. Wir lösen die Probleme in der Gesundheitspolitik nicht dadurch, dass wir notwendige Gesundheitsleistungen kürzen und streichen sowie Zuzahlungen drastisch anheben. Und es ist genau so unanständig, die Rentner um ihre hart erarbeiteten Rentenansprüche zu bringen und sie zu Sparschweinen der Nation zu machen!

Wir verlangen von der Bundesregierung eine ausgewogene Sozialpolitik und eine sozial gerechte Verteilung der Belastungen. Dafür müsste sie die Ursachen der Probleme anpacken und Schluss machen mit der einseitigen Sparpolitik auf Kosten der Empfänger von Sozialleistungen.

Stattdessen aber spielt die Bundesregierung mit gezinkten Karten. Denn es ist schlichtweg unwahr, wenn sie immer stärkere Kürzungen der Sozialleistungen mit der demographischen Entwicklung begründet. Hauptursache der aktuellen Finanzprobleme der sozialen Sicherungssysteme ist und bleibt die hohe Arbeitslosigkeit. Das allerdings wird weitgehend verschwiegen, weil die Bundesregierung hierauf bisher keine Antworten geben kann. Jetzt sollen die kleinen Leute die Zeche für ihre erfolglose Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zahlen. Das ist skandalös, das ist ungerecht, das nehmen wir nicht hin.

Wir sehen und anerkennen die Bemühungen der Bundesregierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Aber was haben die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und das „Bündnis für Arbeit“ den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich gebracht?

Wir sagen es offen und frei heraus: Dieser gesetzgeberische Aktionismus hat arbeitsmarktpolitisch nichts, aber auch gar nichts bewirkt, sondern nur die Rechte der Arbeitnehmer durchgreifend geschwächt und die Arbeitslosen mit drastischen Einkommenseinbußen bestraft. Das schafft noch keinen einzigen vollwertigen Arbeitsplatz.

Wir wollen keine Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung, die weitere Löcher in die Sozialkassen reißen.

Wir wollen keine Arbeitslosenhilfe, die nur Sozialhilfe ist.

Wir wollen nicht, dass Arbeitslose schon nach 12 oder 18 Monaten zum Sozialamt gehen müssen.

Wir nehmen nicht hin, dass schon jetzt – mit steigender Tendenz - rund 10 Prozent der Bevölkerung in Armut lebt, während die Zahl der Millionäre wächst und sich das Vermögen in Deutschland in immer weniger Händen konzentriert. Deshalb warnen wir eindringlich vor einer neuen, rasch wachsenden Armut in Deutschland.

Wir rufen alle verantwortlichen Politiker auf: Verschließt eure Augen nicht vor einer solchen Entwicklung! Die Geschichte hat uns gelehrt: Der soziale Friede ist zugleich Garant für den inneren Frieden! Wachsen soziale Spannungen, so wächst auch die Gefahr von Extremismus in unserer Gesellschaft!

Wir fordern mehr Anstrengungen als bisher zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir erinnern Bundeskanzler Gerhard Schröder hier in seiner Heimatstadt an seine Versprechen!

Wir appellieren an Politiker und Unternehmen: Schafft endlich Arbeits- und Ausbildungsplätze! Wir unterstützen die Bestrebungen für eine Ausbildungsplatzabgabe. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung müssen schärfer bekämpft werden. Überstunden müssen zugunsten neuer Arbeitsplätze verringert werden. Wir müssen unsere Beschäftigten qualifizieren und fortbilden, statt sie immer früher zu entlassen.

Es ist ein unerträglicher Zustand, dass über 40 Prozent aller Unternehmen in Deutschland keine Arbeitnehmer über 50 Jahre mehr beschäftigen. Was macht es für einen Sinn, die Zumutbarkeitskriterien zur Arbeitsaufnahme gesetzlich zu verschärfen – wie es die Bundesregierung getan hat – wenn für eine wachsende Zahl von Arbeitslosen überhaupt keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen?

Ebenso unerträglich ist es, dass die Arbeitnehmer in den letzten Jahren reale Einkommenseinbußen hinnehmen und um jede noch so geringe Tarifierhöhung hart kämpfen mussten, während sich die Vorstandsmitglieder der Unternehmen gigantische Zuwächse bei ihren Einkünften genehmigten.

Wir haben kein Verständnis dafür, dass Topmanager tausende von Arbeitnehmern entlassen oder Unternehmen sogar gegen die Wand fahren und dann noch mit saftigen Gehaltserhöhungen oder Abfindungen in zweistelliger Millionenhöhe dafür belohnt werden. Wir nennen das „Wasser predigen und selbst süßesten Wein trinken!“

Meine Damen und Herren,
liebe Freunde im SoVD,

Sie haben in den letzten Wochen die Auswirkungen der Gesundheits- und Rentenreform zu spüren bekommen. Vor diesen Folgen haben wir immer wieder gewarnt, auch in Gesprächen mit der Bundesministerin. Wir sind die ständigen untauglichen Reformversuche, die ständigen Fehlentscheidungen, die ständigen haushaltspolitischen Eingriffe und Verschiebebahnhöfe leid.

Der SoVD wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die aktuellen Gesundheits- und Rentengesetze, die die Bezeichnung „Reform“ nicht verdienen. Wir sind empört, dass die Bundesregierung von Modernisierungsgesetzen spricht. Das ist Schönrederei. In Wirklichkeit ist das der größte Sozialabbau aller Zeiten.

Mit Erschrecken stellen wir fest, dass diese Bundesregierung bereit ist, die Grundsätze der Solidarität und der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung aufzugeben, allein mit dem Ziel, die Unternehmen immer stärker zu entlasten.

Mit einer solchen Politik kann man den Sozialstaat Deutschland nicht retten, wie der Kanzler behauptet. Tatsächlich zerstört man ihn. Der von uns mitgestaltete Sozialstaat soll offenbar auf dem Altar einer neoliberalen Unternehmenspolitik geopfert werden. Wir können und werden das nicht zulassen!

Liebe Freunde im SoVD
meine Damen und Herren,

die Gesundheit ist das höchste Gut jedes Menschen. Sie zu schützen und im Krankheitsfall alle erforderlichen Leistungen zu gewähren, dafür haben wir die gesetzliche Krankenversicherung. Schon vor zwei Jahren hat der SoVD seine Forderungen für eine fortschrittliche Weiterentwicklung der Krankenversicherung vorgelegt.

Schon vor zwei Jahren haben wir kritisiert, dass die Patienten mit hohen Beiträgen und ständig steigenden Eigenbeteiligungen die Hauptlast der Kosten tragen.

Deshalb waren wir uns auch in einem Gespräch mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt schon im Frühjahr 2003 einig, dass wir in der Krankenversicherung eine echte Strukturreform brauchen und keine weiteren einseitigen Belastungen der Patienten und Versicherten. Diese ständigen Belastungen waren noch nie ein geeignetes Mittel, um Strukturprobleme in der Krankenversicherung zu lösen. Frau Ministerin, sie haben ihr Wort gebrochen.

Meine Damen und Herren,

die so genannte Gesundheitsreform belastet die Patienten in unerträglicher Weise. Sie sind die größten Verlierer der Gesundheitsreform: Allein in den nächsten zwei Jahren zahlen die Patienten durch höhere Zuzahlungen 32 Milliarden Euro – zusätzlich zu den Beiträgen. Die Gewinner sind die Pharmaindustrie, die Ärzte, die Krankenkassen, die Apotheker, die Arbeitgeber. Diese Gesundheitsreform bedeutet eine tiefgreifende Entsolidarisierung, eine Entscheidung gegen kranke, behinderte, pflegebedürftige und ältere Menschen.

Dafür zeigen wir Ihnen, Frau Ministerin, die rote Karte.

Für uns ist klar: Diese unsolidarischen Umverteilungsmaßnahmen können die Probleme in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht lösen. Die Probleme des deutschen Gesundheitswesens liegen auf der Hand:

- Schon lange beklagen die Krankenkassen Abrechnungsbetrug und andere kriminelle Machenschaften zur Gewinnmaximierung im Gesundheitswesen. Durch Betrug entstehen Schäden in Milliardenhöhe. Dagegen müssen wir vorgehen!
- Wie kann es sein, dass einzelne Ärzte für Behandlungen von Menschen, die bereits seit Monaten tot sind, tausende von Euros von den Krankenkassen kassieren?
- Was ist das für ein System, in dem billiger Zahnersatz aus China zu einem Höchstpreis an Krankenkassen und Patienten verkauft wird?
- Was nutzen die besten Therapien und neuesten Operationsverfahren, wenn der Patient nach einer erfolgreichen Operation unterernährt und ausgetrocknet ist, weil im Pflegeheim niemand Zeit fand, Essen und Trinken zu reichen?

Und schließlich

- Was nutzen der Bevölkerung die 80.000 eingetragenen Arzneimittel, die die pharmazeutische Industrie als eine der reichsten Industrien dieser Welt auf den Markt wirft? Warum gibt es in Deutschland nicht – wie in anderen Ländern auch – eine Positivliste, mit der jährlich über 800 Millionen Euro eingespart werden könnten?

Warum wagt sich die Politik nicht ran an die Ärztelobby, ran an die Pfründe der Apotheker und der Pharmaindustrie? Offenbar glaubt sie, Einsparungen auf dem Rücken der kleinen Leute leichter durchsetzen zu können, weil die sich nicht wehren.

Aber hier irrt sich die Politik. Wir wehren uns mit aller Kraft gegen den von der Regierung und auch der CDU/CSU beschlossenen Sozialraub und zeigen dafür die rote Karte! Schluss mit dem Sozialraub!

Unsere Forderungen liegen klar und deutlich auf dem Tisch und daran lassen wir auch nicht rütteln.

- Wir fordern: Strukturreformen statt einseitiger Kostenverlagerung! Frau Schmidt, Herr Bundeskanzler, Herr Seehofer und Co, wann lernen sie endlich, dass jeder zusätzliche Euro, den wir in unser reparaturbedürftiges Gesundheitssystem pumpen müssen, letztendlich doch nur in den Taschen von Ärzten, Apothekern und Pharmaindustrie landet, aber die Versorgung der Menschen nicht verbessert?
- Wir fordern: Mehr Prävention, mehr Gesundheitsförderung und eine integrierte Versorgung, bei der Doppeluntersuchungen und unnütze Mehrfachleistungen vermieden werden.
- Wir fordern: Ein transparentes Abrechnungswesen. Der Patient muss erkennen können, was der Arzt für seine Behandlung bei der Kasse abgerechnet hat.
- Wir fordern eine Bürgerversicherung. Das ist der einzige Weg, eine solidarische Krankenversicherung für die Zukunft zu sichern. Wir wollen eine Krankenversicherung, in die alle einzahlen, auch Politiker, Beamte und Besserverdienende. Wir fordern: Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin.
- *Wir wehren uns dagegen, alte Menschen als „Last“ zu bezeichnen. Wer älteren Menschen eine umfassende medizinische Versorgung versagen will, handelt zutiefst inhuman. Wir fordern umfassende medizinische Versorgung für alle. Wir wollen soziale Gerechtigkeit gerade für unsere älteren Mitbürger, die auf ein hartes Arbeitsleben zurückblicken und sich eine bestmögliche Gesundheitsversorgung verdient haben. Hier weichen wir keinen Schritt zurück.*

Unser Land braucht soziale Gerechtigkeit – und deshalb brauchen wir sofort Korrekturen der Gesundheitsreform. Wenn pflegebedürftige Heimbewohner von 80 Euro Taschengeld Praxisgebühr und Medikamente selbst bezahlen müssen, dann widerspricht das den Grundsätzen der Menschlichkeit zutiefst. Wir fordern eine Härtefallregelung. Die Zuzahlungen müssen wegfallen für pflegebedürftige Heimbewohner, Sozialhilfeempfänger und für Personen mit geringem Einkommen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde im SoVD,

wer nach den bitteren Erfahrungen mit der Gesundheitsreform meint, das Entsetzen könne nicht gesteigert werden, der muss nur einen Blick auf die gesetzliche Rentenversicherung werfen, um eines Besseren belehrt zu werden. Hier setzt die Bundesregierung ihrer Politik der sozialen Demontage die Krone auf. Diese Rentengesetze haben nur noch ein Ziel, nämlich: Renten runter!

Viele Rentnerinnen und Rentner, viele der hier Anwesenden, haben unser Land nach dem 2. Weltkrieg wieder aufgebaut und den Wohlstand erarbeitet, in dem wir heute leben. Eure Renten sind der Verdienst für diese Lebensleistung. Und was ist der Dank der Politik? Renten runter!

Es ist keine Frage, dass die Rentenversicherung vor großen Herausforderungen steht. Wir leugnen nicht, dass der demographische Wandel das Verhältnis zwischen Rentnern und Beitragszahlern verändern wird. Aber der demographische Wandel ist nicht die Ursache für die heutigen Finanzprobleme der Rentenversicherung. Ursache hierfür ist die seit über einem Jahrzehnt anhaltende Massenarbeitslosigkeit in Deutschland.

Die Rentenpolitik der vergangenen Jahre war von ständigen Kürzungen bei ständigen Beitragssatzerhöhungen geprägt. Im Jahr 1999 haben wir vor dem Brandenburger Tor in Berlin gegen die Rentenanpassung demonstriert, die nur einen Inflationsausgleich für die Jahre 2000 und 2001 vorsah. Damals wehrten wir uns gegen einen Kaufkraftverlust für Rentnerinnen und Rentner. Heute wehren wir uns gegen eine Rentenpolitik, die zum ersten Mal in der einhundertzjährigen Geschichte der Rentenversicherung zu massiven realen Rentenkürzungen führt.

Wir im SoVD wehren uns nicht gegen sozial gerechte und auf Dauer angelegte Strukturreformen in der Rentenversicherung. Wir wehren uns gegen eine Rentenpolitik, die Versicherte, Rentnerinnen und Rentner immer wieder einseitig belastet und die Arbeitgeber einseitig entlastet. Wir wehren uns gegen eine Rentenpolitik, die den Versicherten, Rentnerinnen und Rentnern immer neue und immer größere Opfer abverlangt und die jegliches soziales Augenmaß verloren hat.

- Wir wehren uns gegen die Verdoppelung der Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten. Das bedeutet eine drastische Kürzung. Damit werden diejenigen Rentnerinnen und Rentner bestraft, die sich bereits frühzeitig eine zusätzliche Altersvorsorge aufgebaut haben. Damit wird das Vertrauen derjenigen Beschäftigten zerstört, die bereits erhebliche Zahlungen in die betriebliche Altersvorsorge geleistet haben.
- Wir fordern eine nachhaltige Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. Ziel muss sein, alle Beschäftigten in Deutschland in eine dynamisch angelegte und paritätisch finanzierte betriebliche Altersvorsorge einzubeziehen. Wir fordern: Betriebsrenten aufbauen statt abbauen!
- Wir wehren uns gegen die Verdoppelung der Pflegeversicherungsbeiträge ab 1. April 2004. Das bedeutet eine weitere Kürzung der Renten. Wir fordern: Weg mit dem doppeltem Pflegeversicherungsbeitrag!
- Wir wehren uns gegen die Nullrunde in diesem Jahr. Die Rentenanpassung hätte in diesem Jahr etwa 0,6 Prozent betragen. Das ist

sowieso schon zu wenig und das lassen wir uns nicht wegnehmen. Mit der Nullrunde greift der Gesetzgeber seit 1998 zum fünften Mal in Folge in den Rentenanpassungsmechanismus ein. Wir fordern für alle Zukunft zuverlässige und nachvollziehbare Rentenanpassungen. Der verfassungsrechtlich garantierte Rentenanspruch darf nicht durch Null- und Minusrunden an Wert verlieren. Wir fordern: Mehr Rente statt Nullrunde!

Liebe Freunde im SoVD, wir werden diese Rentenkürzungen nicht hinnehmen. Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, diese Maßnahmen wieder rückgängig zu machen. Wir werden jede einzelne dieser Rentenkürzungen verfassungsrechtlich überprüfen lassen. Wir sind bereit, gegen jede einzelne dieser Rentenkürzungen Musterklagen zu führen.

2004 wird das Schicksalsjahr für die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung. Mit dem Entwurf für ein Nachhaltigkeitsgesetz und der geplanten Reform der Rentenbesteuerung soll das heutige Rentenniveau bis 2030 um mehr als 20 Prozent abgesenkt werden. Hierzu soll das Sicherungsziel von 67 Prozent ersatzlos aus der Rentenversicherung gestrichen und die künftigen Rentenanpassungen mit dem Nachhaltigkeitsfaktor noch weiter gesenkt werden. Jetzt wird in der Koalition über eine neue Niveausicherungsklausel diskutiert, nachdem es heftige Proteste auch der Rentenversicherung gab. Aber diese neue Klausel soll nur das Ergebnis von Rentenreform und Rentensteuer absichern – also gut 20 Prozent unter dem heutigen Rentenniveau liegen. Das grenzt schon an Veräpplung der Bürger. Auf solche Tricks lassen wir uns nicht ein. Das Mindest-Nettorentenniveau von 67 %, wie es jetzt im Gesetz steht, kann und darf nicht unterschritten werden! Was die Bundesregierung vorschlägt, läuft darauf hinaus, dass es in Zukunft wieder massenweise Altersarmut gibt.

Das, liebe Freunde im SoVD, wollen wir mit aller Macht verhindern. Wir verlangen klare Auskunft von der Bundesregierung über das langfristige Rentenniveau. Und wir wollen auch verbindlich wissen, ob und wie die künftigen Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensstandard trotz zusätzlicher Altersvorsorge überhaupt noch absichern können. Zu beiden Fragen schweigt sich die Regierung aus. Das kann man nur als bewusste Irreführung der Rentner werten.

Wir lehnen es ab, wenn ein Durchschnittsverdiener mit 45 Beitragsjahren in Zukunft nur noch eine Rente auf Sozialhilfeniveau erhalten soll. Wir lehnen es ab, wenn der Manipulation von Rentenanpassungen mit dem Nachhaltigkeitsfaktor Tür und Tor geöffnet werden. Wir lehnen es ab, wenn Nullrunden und Minusrunden zur Regel werden sollen. Wir lehnen es ab, die Renten einem Fall ins Bodenlose preiszugeben, um hierdurch

eine Beitragssatzstabilität auf höchstem Niveau zu erreichen. Die gesetzliche Rente darf nicht zu teuer erkaufte Armutsalmsen verkommen.

Wir verlangen von der Bundesregierung eine grundlegende Trendwende ihrer Reformpolitik. Wir unterstützen mutige, wirksame und sozial gerechte Reformen. Hierfür hat der SoVD unverrückbare Grundsätze aufgestellt:

1. Die Politiker müssen endlich begreifen: Bei Rentnerinnen und Rentner ist schon genug gekürzt worden. Die meisten Renten sind so niedrig, dass sie nicht weiter zusammengestrichen werden dürfen. Sonst droht eine neue, rasch wachsende Altersarmut!
2. In der Vergangenheit hat sich der Staat immer wieder aus den Rentenkassen bedient. Damit muss endgültig Schluss sein! Wir brauchen einen dauerhaften verlässlichen Bundeszuschuss von mindestens 25 bis 30 Prozent der Rentenausgaben!
3. Langfristig müssen alle Erwerbstätigen, insbesondere die Politiker, in die Rentenversicherung einbezogen werden. Nur eine starke Solidargemeinschaft wird die Probleme lösen können.

Liebe Freunde im SoVD,
meine Damen und Herren,

wir fordern die Bundesregierung hier und heute auf, die Politik der sozialen Demontage zu beenden. Wir fordern die Rückkehr zu einer verlässlichen und gerechten Sozialpolitik. Viele hundert Milliarden Euro könnten für fortschrittliche Sozialreformen zur Verfügung stehen, wenn Steuerflucht, Steuerhinterziehung, Schattenwirtschaft und öffentliche Verschwendung gestoppt würden.

Der Sozialstaat ist keine Schönwetterveranstaltung, sondern fester Bestandteil unseres demokratischen Gemeinwesens. Der SoVD hat ihn in Jahrzehnten mitgestaltet und wir sind bereit, zu seiner Fortentwicklung und Festigung beizutragen.

Aber wir lassen nicht zu, dass er durch immer heftigere Attacken zerstört wird und zu einer leeren Worthülse verkommt.

Wir wehren uns gegen Ausgrenzung und Ellenbogenmentalität. Wir wehren uns gegen Egoismus und Sozialabbau.

Wir wehren uns gegen immer stärkere Belastungen für Rentner, Kranke und Pflegebedürftige.

Wir ziehen die Notbremse.

Wir wehren uns gegen soziale Demontage und wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit.